

## X Belgien.

1. Januar. Die bisherigen Privatbesitzungen des Königs werden Staatsdomänen.

Das Gesetz hierüber ist bereits angenommen. Die lange Verzögerung der königlichen Vollziehung des Gesetzes erklärt der König in einem an den Ministerpräsidenten gerichteten Schreiben daher, daß er, bevor seine Besitzungen in das Eigentum des belgischen Staates übergingen, die für die Instandhaltung und Verwaltung derselben erforderlichen Vorkehrungen habe treffen und auch die nötigen Geldmittel bereitstellen wollen. Dies sei nunmehr durch Ernennung eines besonderen Verwaltungskomitees und durch Hinterlegung einer ausreichenden Summe geschehen, so daß in aller Zukunft der Staat in dem lastenfreien Besitz dieser Domäne sein werde. Der volle und ausschließliche Genuß für alle Zeiten bleibt dem König und seinen Thronerben durch das Gesetz gesichert.

1. Januar. Ein Gesetz, wonach die Bürgerwehr in Brabant, Antwerpen, Limburg, Ost- und Westflandern in flämischer Sprache kommandiert werden muß, tritt in Kraft.

Anfang Januar. Der niederländische Ministerpräsident Ruypers verweilt längere Zeit in Brüssel. Es wird behauptet, daß ein belgisch-niederländisches Schutz- und Trutzbündnis geplant werde.

2. März. (Brüssel.) Eine internationale Konferenz zum Studium der Verhältnisse des Mittellandes beginnt ihre Tätigkeit. Vorsitzender ist der deutsche Delegierte Dr. Bödiker.

18. März. (Lüttich.) Zwei französische Anarchisten verüben ein Bombenattentat gegen den Chef der Sicherheitspolizei, wobei 9 Personen schwer verwundet werden.

20. April. (Brüssel.) Prozeß des Königs mit seinen Töchtern.

Ende April. Heeresgesetz- und Wahlreformentwurf der Opposition.

Die verringerten Oppositionsparteien beantragen den persönlichen Heerdienst und die Herabsetzung der aktiven Dienstzeit auf 12—24 Monate, je nach dem Bildungsgrad der Rekruten und der Waffengattung. Noch der Opposition werden durch die Regierung anstatt der gesetzlichen 14 800 Mann nur 8000 jährlich eingestellt und die Kriegsstärke beträgt anstatt 180 000 weniger als 150 000 Mann. Noch dem Entwurf soll die Kriegsstärke 250 000 Mann betragen, die Kosten sollen um 12—15 Millionen steigen. — Die Wahlreform verlangt Beseitigung des Pluralstimmrechts.

5. Mai. Die Repräsentantenkammer verweist mit 70 gegen 55 Stimmen einen Antrag der Linken, eine Revision der Verfassung in Erwägung zu ziehen.

29. Mai. Wahlen.

Je die Hälfte des Senats und der Kammer wird erneuert. In